



Die grosse Illusion

Von Thomas Schlittler

Bei Trumps Start pochte die Schweizer Wirtschaft auf ein Freihandelsabkommen, wie Sitzungsprotokolle zeigen. Vor dem Stichtag vom 9. Juli wäre sie schon froh, wenn die Zölle nur 10 Prozent betragen würden. Sie setzt auf Mini-Deals für einzelne Branchen.

Es fühlt sich an wie eine Ewigkeit. Tatsächlich ist US-Präsident Donald Trump aber noch kein halbes Jahr im Amt. Schon steht der nächste Termin seiner Reality-TV-Show bevor: Am 9. Juli läuft die Übergangsfrist für die sogenannten «reziproken» Zölle ab, die Trump am 2. April verkündete, dann aber für 90 Tage aussetzte. Der Schweiz drohen Zölle von 31 Prozent – 11 Prozentpunkte mehr als für Firmen mit Sitz in der EU. Die Verantwortlichen beim Bund, die Wirtschaftsverbände und zahlreiche Unternehmen blicken gespannt nach Washington: Haben die Gespräche und Verhandlungen der vergangenen Wochen etwas gebracht?

Die von Trump ausgelöste Unsicherheit für die Weltwirtschaft ist zum Normalfall geworden. Das war nicht von Anfang an klar. Viele Wirtschaftsvertreter sahen in Trump zunächst einen Hoffnungsträger, als er am 20. Januar 2025 vereidigt wurde – auch in der Schweiz. Rund zwei Wochen nach Trumps Amtsantritt, am 3. Februar 2025, forderten Wirtschaftsverbände, der Bund solle mit der neuen US-Regierung ein Freihandelsabkommen (FHA) anstreben. Das zeigt das Protokoll eines Treffens der «Groupe de liaison USA», das die «NZZ am Sonntag» gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz einsehen konnte. Gemäss dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gibt es

die bisher unbekannte Gruppe bereits seit 2006. Sie bestehe aus Vertretern der Bundesverwaltung sowie des Privatsektors und treffe sich etwa einmal pro Jahr.

«Keine Angsthasenpolitik!»

Beim Treffen im Februar forderte ein Vertreter der Privatwirtschaft: «Keine Angsthasenpolitik bei FHA!» Es brauche eine saubere Auslegeordnung. Gerade im Hightech-Bereich gebe es Chancen. Ein anderer Verbandsvertreter verlangte «ein neues Narrativ» im Umgang mit den USA. Langfristig sei, falls sich eine Gelegenheit biete, ein Freihandelsabkommen anzustreben. Von welchen Verbänden diese Forderungen stammen, ist nicht bekannt. Das Seco hat das Dokument an vielen Stellen geschwärzt. Die Namen der teilnehmenden Verbände und die Urheber der Zitate wurden unkenntlich gemacht. Beim Treffen gab es zwar auch Stimmen, die meinten, nun sei «nicht der richtige Moment», um über ein Freihandelsabkommen zu sprechen. Das Protokoll zeigt dennoch, wie falsch viele Wirtschaftsvertreter die politische Agenda des neuen US-Präsidenten eingeschätzt haben.

Freihandel mit verlässlichen Regeln ist für eine kleine, offene Volkswirtschaft wie die Schweiz essenziell. Spätestens seit dem 2. April ist klar, dass Trump darin keine Chance, sondern eine Gefahr sieht. An diesem Tag kündigte er für fast alle Länder hohe Strafzölle an, als Reaktion auf angeblich unfaire Handelshürden gegenüber den USA. Die Formel zur Berechnung der jeweiligen Zölle ist simpel: Man nehme das Handelsbilanzdefizit der USA, teile es durch die Importe aus dem jeweiligen Land, nochmals durch zwei – und fertig. Für die Schweiz resultierte aus dieser absurden Formel ein Strafzoll von 31 Prozent.

Am 9. Juli wird diese Drohung wieder akut. Was dann geschieht, weiss niemand. In den vergangenen Wochen wurden mit der amerikanischen Seite zahlreiche Gespräche geführt. Eine Rückkehr zu 31 Prozent wäre für die Schweiz fatal. Rahul Sahgal, Chef der schweizerisch-amerikanischen Handelskammer, hält dieses Szenario



rio für unwahrscheinlich. Er zeigt sich zuversichtlich, dass es für die Schweiz eine moderate Lösung gibt. Er hofft sogar auf eine Rückkehr zum früheren Zollregime: «Im Idealfall präsentieren uns die Amerikaner als Musterbeispiel und belohnen uns dafür, dass wir weder Industriezölle noch eine Digitalsteuer erheben.» Und was erhält die Trump-Administration im Gegenzug? Sahgal: «Schweizer Firmen haben Investitionen in Milliardenhöhe in Aussicht gestellt. Das kann die neue US-Regierung als Erfolg verbuchen.» Zudem sei bei der Lehrlingsausbildung eine verstärkte Zusammenarbeit geplant. Ob es noch vor dem 9. Juli zu einem Deal kommt, ist offen. US-Finanzminister Scott Bessent hat am Freitag angedeutet, dass gewisse Länder über dieses Datum hinaus verhandeln dürfen. Sahgal geht davon aus, dass die Schweiz nach Grossbritannien das zweite oder dritte Land sein könnte, das mit den USA eine Lösung findet.

Diese Woche informierten Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter und Wirtschaftsminister Guy Parmelin den Bundesrat über den Stand der Dinge. «Die USA haben wiederholt anerkannt, dass die Schweiz in guter Absicht verhandelt», teilte die Regierung am Mittwoch mit. Der Bundesrat geht davon aus, dass die Zölle am 9. Juli beim derzeitigen Satz von 10 Prozent bleiben, solange die Gespräche andauern. Sicher ist er sich jedoch nicht. Zwar hat die Schweiz mittlerweile einen direkten Draht zu wichtigen Vertretern der Trump-Administration wie Bessent oder Handelsminister Howard Lutnick. Dennoch fürchtet der Bundesrat, dass die Verhandlungen einer Laune Trumps zum Opfer fallen könnten. In der Mitteilung heisst es: «Da der entsprechende Präsidialentscheid aufseiten USA noch nicht getroffen wurde, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die USA die als «reziprok» bezeichneten Zölle per 9. Juli 2025 wieder einführen.»

Die Seco-Direktorin Helene Budliger Artieda glaubt an einen baldigen Abschluss eines Zollabkommens. «Wir befinden uns auf den letzten Metern», sagte sie am Donnerstag an einer Veranstaltung der Uhrenindustrie. Wie der Deal genau aussehen könnte, konnte aber auch Budliger Ar-

tieda nicht abschliessend sagen. Sie gab sich zwar optimistisch, warnte aber vor zu hohen Erwartungen. Dass der Pauschaltarif von 10 Prozent wegfällt, glaubt sie nicht. Sie stellte aber eine Liste mit Zollbefreiungen in Aussicht, wie sie derzeit für Gold und Pharmaprodukte gilt. «Wir drängen darauf, «Mini-Deals» zu bekommen», sagte die Seco-Chefin. So versuche man etwa für Maschinen und Apparate, die die USA für ihre Reindustrialisierung benötigen, Zollerleichterungen zu erreichen.

Die Pharmaindustrie zittert

Wie wichtig Ausnahmen sind, zeigt das Beispiel der Pharmaindustrie. Der wichtigste Exportsektor der Schweiz ist bisher von Trumps Zöllen verschont geblieben. Die Folge: Diese Schweizer Exporte waren in den vergangenen drei Monaten de facto nicht mit 10 Prozent Zöllen belastet, sondern «nur» mit etwa 6 Prozent. Ob das so bleibt, ist ungewiss. Präsident Trump hat mehrfach angekündigt, dass die Pharmaindustrie ebenfalls mit Zöllen belegt werden könnte. «Das führt zu grosser Unsicherheit in unserer Branche», sagt René Buholzer, Geschäftsführer von Interpharma.

Der Verband der Schweizer Pharmaindustrie hofft, dass der Bund mit den USA einen Deal findet, der Rechts- und Planungssicherheit bringt. Buholzer: «Für uns ist zentral, dass in einer Vereinbarung mit den Amerikanern explizit festgehalten wird, dass auf Medikamente und Produkte der Pharmaindustrie weder jetzt noch in Zukunft Zölle erhoben werden.»

Eigentlich haben sich die USA bereits vor 31 Jahren zum Verzicht auf Zölle für Pharmaprodukte verpflichtet: durch das sogenannte «Zero for zero»-Abkommen von 1994. Mit dieser WTO-Vereinbarung verpflichteten sich zahlreiche Länder, darunter die USA und die Schweiz, zur Abschaffung von Zöllen auf pharmazeutische Produkte. Trump dürfte dies aber wenig interessieren. Mittlerweile ist der gesamten Schweizer Wirtschaft klar: Mit Freihandel und internationalen Verträgen hat dieser US-Präsident wenig am Hut.



KENT NISHIMURA / EPA



Der US-Präsident Donald Trump am 2. April 2025: Ein Mann, der mit einer Tafel die Weltwirtschaft durchschüttelt.



PD

Seco-Direktorin
Helene Budliger Artieda

Anzeige